

Zuständiges Dezernat/Amt: III/11

Beschlussvorlage
 Berichtsvorlage
 öffentliche Sitzung
 nichtöffentliche Sitzung

Beratungsfolge:

Datum:

<input type="checkbox"/> Fachausschuss	_____	_____
<input checked="" type="checkbox"/> Fachausschuss	<u>Finanzen und Rechnungsprüfung</u>	<u>27.03.2012</u>
<input checked="" type="checkbox"/> Kreisausschuss	_____	<u>03.04.2012</u>
<input checked="" type="checkbox"/> Kreistag	_____	<u>18.04.2012</u>

Inhalt:

Aufstockung des Stellenplanes 2012 um 1,5 Stellen

Wenn Kosten entstehen:

Kosten 44.000,00 €	Produktkonto 11161.501201 57110.501201	Haushaltsjahr 2012	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung
<input checked="" type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung <input type="checkbox"/> Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung: €	Deckungsvorschlag: Erstattung der entstehenden Kosten durch das Land Brandenburg bzw. den Bund		

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Aufstockung des Stellenplanes 2012 um 1,5 Stellen.

Dietmar Schulze
Landrat

Bernd Brandenburg
Beigeordnete/r

Beratungsergebnis:

Kreistag/Ausschuss	Datum	Stimmen		Stimm-enthaltung	Einstimmig	Lt. Beschluss-vorschlag	Abweichender Beschluss (s. beiliegendes Formblatt)
		Ja	Nein				
FRA	27.03.12						
Kreisausschuss	03.04.12						
Kreistag	18.04.12						

Begründung:

Nachfolgend dargestellte Sachverhalte machen es erforderlich, den Stellenplan 2012 um 1,5 Stellen aufzustocken:

1. Brandenburgisches Gesetz über Mindestanforderungen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen

Mit Inkrafttreten des Brandenburgischen Gesetzes über Mindestanforderungen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen (Brandenburgisches Vergabegesetz – Bbg VergG) vom 21. September 2011, GVBl. I Nummer 19, am 1. Januar 2012 werden unter anderem Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, von Bietern bestimmte Nachweise zu verlangen, unangemessen niedrige Angebote besonders zu prüfen und Kontrollen durchzuführen. Werden Verstöße festgestellt, müssen diese gemeldet bzw. geahndet werden. Der Landtag hat anlässlich der Beschlussfassung über das Brandenburgische Vergabegesetz in einer Entschließung unter anderem dazu aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Träger der Vergabestellen sicherstellen, dass ausreichend qualifiziertes Personal vorhanden ist und durch regelmäßige Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen dieser Standard auch für die Zukunft gesichert wird.

Die Gesetzesänderung zieht erheblichen Mehraufwand nach sich, der eine Aufstockung des Stellenplanes um 0,5 Stellen zur Sicherstellung der gesetzlich vorgegebenen Aufgaben erforderlich macht. Die Mehraufwendungen bei den Personalkosten werden durch Mehreinnahmen gedeckt, da eine Finanzierung durch das Land erfolgen soll.

2. Modellvorhaben Daseinsvorsorge 2030

Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer hat gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern das Handlungskonzept "Daseinsvorsorge im demografischen Wandel zukunftsfest gestalten" erarbeitet. Dies soll als Pilot die Entwicklung der übergreifenden Demografiestrategie der Bundesregierung anregen und unterstützen.

Das Handlungskonzept zielt auf den Zeithorizont bis zum Jahr 2030 ab und skizziert innovative Lösungsansätze, die in besonders vom demografischen Wandel betroffenen ländlichen Regionen zur langfristigen Sicherung ihrer Infrastruktur beitragen. Dabei will das Handlungskonzept Impulse geben und zum Umdenken anregen, insbesondere aber auch den Blick für die Chancen öffnen, die in einem derartig gravierenden Wandel liegen.

Ziel des Modellvorhabens ist es, Akteure vor Ort zu aktivieren und zu stärken, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und ihre Ideen und Konzepte zur Sicherung der Daseinsvorsorge und Verbesserung der Lebensqualität im Interesse des Gemeinwohls engagiert anzugehen. Dazu sollen Handlungs- und Gestaltungsspielräume geöffnet werden, um den unterschiedlichen Sachlagen vor Ort besser Rechnung zu tragen.

In dem Modellvorhaben werden sechs Projekte in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen durchgeführt.

Das Modellvorhaben gliedert sich in zwei Phasen: In der ersten Phase galt es aus der Projektidee ein umsetzungsreifes Konzept zu entwickeln. Dabei wurden die regionalen Akteure durch die ostdeutschen Landesregierungen sowie den Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer unterstützt.

Der Landkreis Uckermark hat im Rahmen dieses Modellvorhabens den Zuschlag bekommen und daraufhin einen Zuwendungsbescheid zur Durchführung des Modellvorhabens in Höhe von 165.000 Euro erhalten.

Zur Durchführung des Modellvorhabens ist es notwendig, zusätzlich zum Stellenplan 2012 eine Stelle Projektmanager Regionalstrategie Daseinsvorsorge 2030 mit einem Stellenanteil von **1,0 Stellen** einzurichten. Die Mehraufwendungen bei den Personalkosten werden durch die Mehreinnahmen gedeckt.